

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Ist Allah jetzt mit Amerika?

Mit den ersten militärischen Erfolgen haften die USA für die politische Zukunft Afghanistans. In Washington werden die Optionen und Interessen neu sortiert /

Josef Joffe

Condoleezza Rice, die Nationale Sicherheitsberaterin von Bush: "Es geht um mehr als bin Laden. Man kann nicht Al-Qaida hassen und zugleich die Hizbullah hätscheln."

Washington

Die Kriegsherren im Pentagon stehen vor der Mutter aller Überraschungen. Wochenlang haben sie Afghanistan bombardiert - scheinbar vergebens. Und plötzlich der erste, dann der zweite Sieg. Am Wochenende fällt Masar-i-Scharif ("Gräberfeld der Gerechten"), die strategische Etappe entlang jener Elefantenstraße der Geschichte, wo schon Alexander der Große und Dschingis Khan ihre afghanischen Eroberungszüge aufgezogen hatten. Dann, unglaublich geradezu, der zweite Durchbruch der Nordallianz, die zum Wochenbeginn in die Hauptstadt Kabul eindringt.

"Die Taliban haben sich nicht einmal richtig gewehrt", meldet Aschraf Nadim, ein Sprecher der Nordallianz nach dem Fall von Masar-i-Scharif. "Sie sind einfach weggerannt." Das gleiche Bild in Kabul: Die Soldaten des Theokraten-Regimes sind ausgewichen und weggesickert - nach Süden, in ihre Traditionsbastion Kandahar. Derweil schneiden sich in Kabul die Männer auf offener Straße die Bärte ab - dergestalt die Befreiung von den verhassten "Koranschülern" feiernd, die ihnen die angeblich gottgewollte Haartracht mit Peitschen aufgezwungen hatten. Ist Allah jetzt mit Amerika? Ein Schreckensregime

zerbricht - unter dem Bombardement der Amerikaner und dem Artilleriebeschuss der Nordallianz. So sieht es jedenfalls aus - in der fünften Woche der Offensive.

Vergangene Woche wollte das im Pentagon noch niemand glauben. Das gigantische Fünfeck vor den Toren Washingtons - das größte Gebäude der Welt - ist nach der Attacke vom 11. September zur Festung geworden. Vor jenem Tag, den sie in Amerika nine-eleven nennen, konnte man bequem mit dem Taxi am River Entrance vorfahren - oder mit der U-Bahn direkt ins Einkaufszentrum im Untergeschoss vorstoßen und dann auf der Rolltreppe in das Labyrinth der konzentrisch angeordneten Korridore. Heute hat die Armee ihren ersten Verteidigungsring einen halben Kilometer diesseits der Mauern aufgezogen. An den Betonbarrieren werden Autos wie weiland in der DDR mit Unterflurspiegeln kontrolliert, daneben steht ein Hummer, der Jeep-Nachfolger, mit aufgepflanztem Maschinengewehr.

Paul Wolfowitz, bis Jahresanfang noch Dekan der Johns Hopkins School of Advanced International Studies, ist nach Donald Rumsfeld der zweite Mann im Verteidigungsministerium. Er sieht erschöpft aus - wie alle in den höheren Etagen der Regierung Bush. Ironisch kommentiert Peter Rodman, ein Kollege, der schon Kissinger gedient hat, die endlosen

Sitzungen, die berüchtigten interagency meetings, in denen Pentagon, Weißes Haus und State Department um Vorrang und Strategie ringen: "Wir nannten diese Kampagne ursprünglich ‚Infinite Justice‘, ‚Unendliche Gerechtigkeit‘, ‚Infinite Meetings‘, ‚Endlose Sitzungen‘ wäre treffender gewesen."

"Wir werden diesen Krieg gewinnen", sagt der Vizeverteidigungsminister Wolfowitz. "As long as it takes" - egal, wie lange es dauert, fügt er hinzu. Und die bröckelnde Koalition, was wird aus der? Sein zweiter Mann, Staatssekretär Douglas Feith, der von seiner Anwaltskanzlei ins Pentagon gewechselt ist, mobilisiert die deutsche Sprache, die er als Collegestudent in Harvard gelernt hat: "Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter."

Feith verweist auf seinen Chef Rumsfeld, der nicht von einer einzigen Koalition, sondern von mehreren Koalitionen gesprochen habe. Weiter in Rumsfelds Sprachregelung: "Wir werden mit der Koalition nicht über die Prinzipien verhandeln. Unsere Mission bestimmt die Koalition, nicht umgekehrt." Der Krieg, lautet die Botschaft aus dem OSD, dem Office of the Secretary of Defense, werde sich nicht am "kleinsten gemeinsamen Nenner" ausrichten, wie es, so der Verdacht im Pentagon, die diplomatiebeflissenen State-Department-Gutmenschen gern hätten.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Koalition - keine Zwangsjacke

Nun hatten die Deutschen, Franzosen, Italiener gerade je ein paar tausend Mann für die Afghanistan-Kampagne angeboten - ein Geschenk, das den deutschen Kanzler in die Vertrauensfrage getrieben hat. Damit, so folgert der Besucher, hätten sich die Verbündeten doch ein Päckchen stimmberechtigter Aktien besorgt - ein Stück Einfluss auf die amerikanische Kriegführung. So sieht es gewiss auch das Außenministerium unter der Führung von Colin Powell, wohl auch das Weiße Haus, das seine Position zwischen State und Defense tagtäglich neu justiert. Die Antwort aus der Chefetage des Hauses Rumsfeld überrascht: "Unser größtes Problem ist derzeit, dass wir die mannigfach angebotene Militärhilfe gar nicht richtig assimilieren und eingliedern können." Auf jeden Fall will man die Koalition nicht als Zwangsjacke betrachten. Deshalb die Betonung des Wörtchens "Koalitionen", der Mehrzahl von Koalition. "Wir erwarten nicht von jedem Land, dass es sich überall und immerdar beteiligt." Das ist übrigens auch die Sprachregelung im Weißen Haus.

Überdies, notiert ein Pentagon-Mann, gebe es da noch ein anderes Problem: "Die Koalitionsliste des State Department überlappt teilweise mit unserer Liste jener Staaten, die den Terror unterstützen." Die Rivalität zwischen Außen- und Verteidigungsministerium ist ein altes Drama amerikanischer Außenpolitik. Auch die zwischen den einzelnen Waffengattungen sowie zwischen der goldbetressten Generalität und den Zivilisten. James Schlesinger, Verteidigungsminister unter Jimmy

Carter, kennt das Spiel, das sich gelegentlich in schierer Sprachlosigkeit erschöpft, seit einem Vierteljahrhundert. Er verweist auf Tommy Franks, den hölzern wirkenden Armeegeneral, der von Florida aus den Feldzug kommandiert. "Wir haben die Zweite Marineinfanterie-Division, die sich für Afghanistan-ähnliche Konflikte vorbereitet hat - im Winter, in 3000 Meter Höhe. Doch hat noch niemand mit denen geredet. Franks ist ein Army-General, der nicht einmal weiß, dass diese Division überhaupt existiert."

Die widerstreitenden Interessen mögen auch erklären, warum die Luftwaffe wochenlang "klassische" Luftwaffenziele attackiert hat, also Befehlszentralen, Luftabwehrstellungen, Flugplätze und Waffendepots - Ziele, die sich nicht bewegen, die keine politischen Feinentscheidungen erfordern wie etwa die direkte Waffenhilfe für die Nordallianz. "Die Luftwaffe", spottet ein hoher Pentagon-Beamte, "hasst es, in Bodenoperationen verwickelt zu werden, die sie nicht selber kontrollieren kann." Ein anderer: "Die wollen den Krieg am liebsten nur aus der Luft ausfechten."

Den politischen Entscheidungen aber kann das Weiße Haus nicht ausweichen. Anders als das Pentagon ist die klassizistische Residenz des Weißen Hauses nicht zur Festung ausgebaut worden. Nur die Anfahrt im Privatwagen wird dem normalen Sterblichen verwehrt - dies aber schon seit Clintons Zeiten, als der Abschnitt der Pennsylvania Avenue vor dem Weißen Haus durch Betonpoller abgesichert wurde. Hier, im Westflügel, residiert Condoleezza ("Condi") Rice, die Stanford-Professorin, die George W. Bush als Nationale Sicherheitsberaterin dient. Sie trägt ihr liebstes Outfit,

ganz in Dunkelblau, mit einer kleinen amerikanischen Flagge am Revers.

"Das strategische Ziel der Operation ist klar", diktiert sie dem Reporter ins Mikrofon. "Es ist die systematische Zerschlagung der Macht der Taliban und ihrer Fähigkeit, die Terroristen zu decken." Masar-i-Scharif sei ein "wichtiges Etappenziel" gewesen. Doch dann wird's politisch, wenn auch verklausuliert. "Alle Konfliktparteien müssen verstehen, was die amerikanische Regierung von ihnen erwartet, wenn sie die Feinde der Taliban unterstützt: Sie müssen sich künftig die Regierungsverantwortung teilen." Grundsätzlich: "Damit Afghanistan künftig stabil ist, muss es multiethnisch organisiert sein; damit das funktioniert, muss die künftige Regierung ihr Volk gut behandeln."

Solche Sätze offenbaren das Hauptproblem der amerikanischen Kriegführung, deren Ziele sich im Laufe des Bombardements immer wieder verschoben haben, ja verschieben mussten. Anfänglich war der Zweck der Operation scheinbar ganz simpel: Die Taliban sollten bin Laden und seine Hauptleute herausrücken - Ende der Durchsage. Als das Regime sich weigerte, die Qaida-Führung, die sich das Land praktisch gekauft hatte, auszuliefern, drängte sich automatisch das nächste Projekt auf: die Zerstörung des Regimes. So gebar ein Ziel das andere. Denn: Amerika wollte, konnte die blutige Aufräumarbeit nicht selbst bewältigen, jedenfalls nicht mit einer Hand voll Rangers hier, einem Stoßtrupp der legendenumwitterten Delta Forces dort. Für eine ausgedehnte Bodenoperation fehlten die Aufmarschgebiete rings um Afghanistan, erst recht die Stützpunkte im Land selbst.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Auftritt Nordallianz, eines losen Bündnisses von Stammesführern und Warlords, die allesamt ethnische Minderheiten wie Usbeken und Tadschiken hinter sich versammelt haben und seit Jahren gegen die Taliban kämpfen, die wiederum im Paschtunen-Volk im Süden des Landes verwurzelt sind. Schon mehren sich die Berichte von Rache-Exekutionen in Masar und Kabul, die in die Hunderte gehen sollen. Das gar nicht so geheime Ziel der Amerikaner - den Nordverbündeten den Einmarsch in Kabul zu verwehren - haben, welche Ironie, die Taliban mit ihrem überraschend schnellen Kollaps zunichte gemacht.

Nun beginnt des Krieges zweiter Teil, der weitaus gefährlichere. Denn: Amerika fallen plötzlich militärische Optionen zu, die in den ersten vier Wochen fehlten: eine Versorgungsbrücke von Usbekistan nach Masar-i-Scharif, diverse Flugplätze im Landesinneren. Das zögerliche Bombardement im ersten Anlauf - 60 bis 70 Einsätze pro Tag - hatte nicht nur politische, sondern auch schlicht geografische Gründe. "Wenn ein F-15-Kampfbomber aus Kuwait einfliegen und zweimal in der Luft betankt werden muss", erklärt ein Pentagon-Mann, "dauert das jedes Mal zehn Stunden. Im Golfkrieg, als wir an die 1000 Einsätze flogen, konnte die gleiche F-15 in 20 Minuten aufgetankt und munitioniert werden."

Jetzt steht einer heftigeren Kampagne nichts mehr im Wege; sollten die Amerikaner sich etwa in Bagram bei Kabul einrichten, könnten ihre Jets in einer halben Flugstunde Kandahar, die letzte Bastion der Taliban, erreichen. Überdies ist am Montag ein weiterer Flugzeugträger, die John C. Stennis, in Richtung Arabisches

Meer ausgelaufen - interessanterweise mit 7000 Marinesoldaten an Bord. Solche Bewegungen auf dem mittelöstlichen Schachbrett schaffen Optionen, nicht mehr. Aber inzwischen, seit dem unerwartet schnellen Vormarsch der Nordallianz, gerät Washington womöglich in hochnotpeinlichen Zugzwang.

Denn auf einmal verdrängt das Politische das Militärische. Noch am Sonntag war ein ganzes Heer von Bush-Beratern ausgeschwärmt, um die Nordallianz vor dem Einmarsch in Kabul zu warnen. Ganz sanft das Signal von Sicherheitsberaterin Rice: "Kabul ist eine Stadt, die allen Gruppierungen Afghanistans viel bedeutet." Dann etwas deutlicher: "Kabul muss eine internationale Stadt sein, eine Stadt, in der sich das ganze afghanische Volk vertreten fühlt." Entschlüsselt: Wenn ihr Kabul erobert, habt ihr unseren Hauptverbündeten Pakistan gegen euch, zwingt ihr die Paschtunen (immerhin 40 Prozent der Bevölkerung) womöglich in die Solidarisierung mit den Taliban. Es half nichts. Die siegestrunkenen Nordallianzler haben vor Kabul nicht Halt gemacht.

Der amerikanische Albtraum? Er ist so alt wie Afghanistan: die Verstrickung einer fremden Macht in die Rankünen unbeherrschbarer Stammesfehden, bei der die Nachbarn - von Iran bis Usbekistan - keinesfalls die unbeteiligten Beobachter abgeben werden. Der Albtraum im Quadrat? Amerika muss sich zwischen die Kämpfenden schieben, um den Triumph der einen, den Aufstand der anderen zu verhindern. Amerika als Feinmechaniker der Macht in einem Land, in dem ein Gleichgewicht nie von Dauer war. Wie einfach schien es noch vor fünf

Wochen zu sein, als es bloß um den Terrormeister bin Laden ging.

Doch dräut hinter dem Horizont noch ein grausameres Dilemma. Es heißt "Phase zwei", genauer: "Irak". Ob im Pentagon oder im State Department, ob links oder rechts im Senat, ob Exsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski oder sein Vorgänger Henry Kissinger: Sie alle haben Saddam im Visier. Kissinger sagt's öffentlich nur indirekt: "Präventives Handeln ist zum Imperativ geworden. Staaten, die (chemische und biologische) Anlagen besitzen, müssen gezwungen werden, strenge Inspektionen mitsamt den dazugehörenden Zwangsmechanismen auf sich zu nehmen. Dazu zählt insbesondere der Irak."

Brzezinski, der Pole, der auf den Franken aus Fürth folgte und Jimmy Carter beriet, als die Sowjets 1979 in Afghanistan einfielen, sagt's ganz offen: "Ganz gleich, ob der Irak an den Terroranschlägen beteiligt gewesen ist oder nicht - das Land bedroht unsere Sicherheit. Saddams Entmachtung liegt im nationalen Interesse." Warum? "Weil wirklich ernsthafter Terror nur von einem Staat organisiert werden kann." Das sei der Irak, und "ernsthaft" heißt "atomar". Folglich müsse in der "Phase zwei" der Irak angegangen werden - "freilich nur im Konsens mit England, Frankreich und Deutschland".

Ominöse "Phase zwei"

Joseph Lieberman wäre heute Vizepräsident, wenn Bush seinen Chef Gore nicht um Haaresbreite geschlagen hätte. Den Senator von Connecticut haben die Anthrax-Attacken aus seinem Büro im Hart Building vertrieben, das noch wochenlang entgiftet werden muss.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Der Vorsitzende des mächtigen Streitkräfteausschusses muss nun im Dirksen-Gebäude im engen Notquartier ausharren. Noch herrsche die "Phase eins"; "alle Kräfte müssen sich auf die Taliban konzentrieren". Doch als gleich rückt die ominöse "Phase zwei" ins Gespräch. Es gebe "Indizien" für die Verstrickung Bagdads. Hatte sich nicht Chefterrorist Mohamed Atta mit irakischen Agenten in Prag getroffen? Außerdem treibe Saddam die "Rachsucht"; schließlich hatte er nach dem Golfkrieg versucht, den älteren Bush zu ermorden. Fazit: "Wir wollen ein anderes Regime im Irak."

So ähnlich klingt es im Pentagon, wo der "hohe Beamte", der nicht genannt werden will, orakelt: "Es wird sich noch herausstellen, dass Saddams Hand im Spiel gewesen ist." So klingt es aber auch im Weißen Haus, wo Condoleezza Rice, wiewohl abstrakten Wortes, ebenfalls den irakischen Diktator verdächtigt. "Wir müssen uns gar nicht auf den 11. September versteifen, um zu wissen, dass der Irak gefährlich ist. Er war es vorher, und er bleibt es." Nur seien jetzt die Taliban und Al-Qaida das vordringliche Problem. Und dann?

Mehr will sie über Saddam nicht sagen. Stattdessen schlägt sie einen noch weiteren Bogen, der das strategische Problem Amerikas in

seiner ganzen Wucht umreißt. Der Kampf gegen die Taliban und Al-Qaida ist bloß eine Schlacht, nicht der ganze Krieg. Deshalb, so Rice, habe der Präsident dieses "Signal ausgesandt: Auch wer Terroristen beherbergt, versündigt sich." Das sei die "Bush-Doktrin". Sie gilt "all den Staaten, die Terroristen bei sich aufnehmen. Und sie besagt: Das ist kein gutes Geschäft für einen Staat." Zwar nehme man jeden auf, der sich an der Koalition gegen Al-Qaida beteiligen will, "aber es geht um mehr. Man kann nicht Al-Qaida hassen und die Hizbullah hätscheln." Damit meint Rice, ohne es zu sagen, Syrien und Iran, letztlich auch die Palästinenser. Deshalb auch ein Signal an Jassir Arafat, der sich wohl zu früh über diverse anderslautende Botschaften aus Washington gefreut hat, wonach Amerika arabische Koalitionstreue mit Druck auf Israel belohnen werde. "Auch die Palästinenser müssen mit ihren Terrorgruppen fertig werden", heißt es im Weißen Haus. "Der Präsident hat Arafat klipp und klar bedeutet, dass er die Terroristen ausfindig machen und verhaften muss." Das Ziel sei ein "Waffenstillstand und die Dämpfung der Gewalt".

Überhaupt, insistiert ein Bush-Berater, gebe es keinen Deal, und dies aus einem schlichten Grund: "Diese Terroristen sind an Deals nicht interessiert. Sie haben nur ein

Interesse: die Destabilisierung unserer Zivilisation." Das ist ein dickes Auftragsbuch für die amerikanische Politik: Taliban und Al-Qaida, Hizbullah und Hamas, Irak und all jene Staaten, die dem Terror Heimat und Herberge bieten, schließlich das politisch-militärische Mikromanagement eines Landes, Afghanistan, das bislang noch nie eine einzige Macht auf Dauer managen konnte, sei's eine aus- oder inländische.

Amerika hat in dieser Woche mithilfe seiner afghanischen Alliierten zwei kritische Siege verbuchen können - freilich Etappensiege, die schon den Keim neuer Verstrickungen in sich tragen. Trotzdem glaubt das Weiße Haus, dass die Koalition halten wird - weil sie sich auf den stärksten Zement aller internationalen Politik verlassen kann: die "nationalen Interessen" sämtlicher Mitglieder. Wenn der Terror imstande ist, "selbst das mächtigste Land auf Erden zu verwunden, kann jeder Staat das nächste Opfer sein".

Die neue Bush-Doktrin: "Auch wer Terroristen beherbergt, versündigt sich" Sicherheitsberaterin Rice: "Der Irak war und bleibt gefährlich" / Die Nordallianz in Kabul: "Die Taliban sind einfach weggerannt" /